

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 68
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 03 86 846 pbbn d

Inhalt

Willy Brandt MdB, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zur Jahreswende: Rückblick und Ausblick.
Seite 1

Franz Müntefering MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, kommentiert die unsozialen Mietgesetze der Herren Kohl und Censcher.
Seite 5

Rudi Walther MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion, konfrontiert die wirtschaftspolitischen Propagandasprüche der Bundesregierung mit der Wirklichkeit.
Seite 6

Horst Seefeld MdEP, Obmann der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, gratuliert Georg Kahn-Ackermann zum 65. Geburtstag.
Seite 8

38. Jahrgang / 1

3. Januar 1983

Rückblick und Ausblick

Neue Mehrheit diesseits der Union ist möglich

Von Willy Brandt MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Hinter uns liegt eines der politisch bewegtesten Jahre, daß die Bundesrepublik seit ihrem Bestehen erlebt hat. Was ist geschehen? Die erste Hälfte des vergangenen Jahres war geprägt von einem Prozeß quälender Auszehrung einer Zusammenarbeit, auf die sich die Bundesregierungen seit 1969 gestützt hatten und die sichtlich ihre politische Vitalität verloren hatte. Während sich die machtpolitischen Spannungen im Verhältnis zwischen Ost und West verschärften und sich eine weltwirtschaftliche Krisensituation entfaltete, deren Tragweite bis heute nicht voll erfaßt ist, prallten in der sogenannten sozial-liberalen Koalition gegensätzliche Überzeugungen aufeinander. Auf der einen Seite hatten wir es zu tun mit einem Rückfall in konservative Verkrustungen und Denkschablonen: Auch entspannungspolitische Errungenenschaften wurden nur noch mit leiser Stimme verteidigt; in der Sicherheitspolitik verschob sich der Akzent einseitig zugunsten von militärischen Kategorien. Wirtschaftspolitisch trafen sich führende Parteiliberale mit rechten Unionsleuten in der Öffnung für erzkonservative Rezepte. In der Sozial- und Gesellschaftspolitik wurde der Wille zur Abkehr von Reformen immer deutlicher; Haushaltsprobleme sollten dadurch gelöst werden, daß man sozialen Fortschritt wieder kassierte.

Der Münchner Parteitag der Sozialdemokraten im April 1982 war in dieser Konstellation der willkommene Anlaß, reformerische Politik mit denunziatorischen Vokabeln zu verketzern. Was jahrelang als sozialdemokratische Koalitionsgrundlage akzeptiert worden war, wurde plötzlich zum "Marterwerkzeug der sozialen Marktwirtschaft" erklärt. In den letzten, sich kaugummiartig hinziehenden Gesprächen der Koalitionspartner wurde die Rückfahrkarte auf den Tisch gelegt. Verkleisternde Winkelzüge der FDP-Führung mochten eine Zeitlang die wahren Absichten verbergen. Nicht zu schnell sollte sichtbar werden, daß man auf der Schaumkrone einer vermeintlichen konservativen Woge direkt in die neue Regie-

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

Kreislaufwegung
mit vermehrter Rohmaterial
Recycling-Papier



rung hinübergleiten wollte. Andere sollten die Verantwortung für eine politische "Wende" tragen, auf die man im Grunde seit der Bundestagswahl 1980 hingesteuert hatte, zum Teil aus purer Angst um das politische Überleben. Die Sozialdemokratie sollte in ihrer Bewegungsfreiheit so eingeschränkt werden, daß sie jene Mehrheitsfähigkeit verlieren mußte, die man öffentlich als Voraussetzung für weitere Zusammenarbeit ein- klagte!

Untermalt von der Theorie oder Wunschvorstellung, die Kräfte der Sozialdemokratie seien in Europa am Ende, das Zeitalter der Reformen vorbei, wurde auf der Ebene der Bonner Regierung der konservative Kurswechsel vollzogen. Freiheitliche Grundpositionen, auch solche zur Wahrung liberaler Rechtsstaatlichkeit, wurden dafür ziemlich bedenkenlos geopfert. Während man den Sozialdemokraten die Fähigkeit absprach, den Herausforderungen der 80er Jahre gewachsen zu sein, beanspruchten die Konservativen lauthals die Meinungsführerschaft für den Weg aus der Krise. Wirtschafts- und sozialpolitisch wurde kaum mehr angeboten, als was in anderen Ländern bereits gescheitert war. Den FDP-Ministern konnte man nicht anmerken, daß ihnen der Übergang innerliche Schwierigkeiten bereitete.

Glatt konnte die Rechnung von Anfang an nicht aufgehen. Empfindlicher geworden für Grundregeln der politischen Kultur, nahmen erhebliche Teile der deutschen Öffentlichkeit der FDP-Führung die hehren Motive nicht ab. Das Gezerre um den Neuwahl-Termin wirkte abstoßend, der Wechsel von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl jedenfalls nicht Überzeugend. Die Landtagswahlen in Hessen, auch in Bayern, wurden noch vor der Abwahl des sozialdemokratischen Kanzlers zu Signalen des Unmuts.

Widerlegt fanden sich jene, die der SPD für den Fall des Ausscheidens aus der Bundesregierung alles Mögliche, nur nichts Gutes prophezeit hatten: Absinken in langjährige Bedeutungslosigkeit, hoffnungslose Flügelkämpfe, vielleicht sogar Spaltung. Stattdessen zeigten sich neue Geschlossenheit, vielfältige Aktivitäten, neue Mitglieder, wiedergewonnenes Vertrauen. Kein Zweifel, daß die Art und Weise, in der Helmut Schmidt eine jahrelang bewährte, aber dann wurmstichige Regierungszusammenarbeit zuendebrachte, hierzu wesentlich beigetragen hat. Es hat sich auch bestätigt, wie gut eine traditionsstarke Partei dran ist, die aus mehr als einer Quelle schöpfen und sich auf das selbstlose Engagement vieler einzelner stützen kann.

Auch die auf den Regierungswechsel folgenden Wochen gestalteten sich anders, als von den neuen Partnern erwartet. Der eilig zusammengeschusterte Bundeshaushalt ließ die kurzzeitig erfolgten Kurssprünge an der Börse rasch verflachen. Die Hoffnung auf einen weiterwirkenden Stimmungsumschwung in Teilen der Unternehmerschaft - und das hatte man ja jahrelang als Quelle des Problems genannt - konnte sich nicht erfüllen. Was Reagan noch geschafft hatte, der Wallstreet kurzzeitig neues Vertrauen einzuflößen, blieb Kohl versagt. Und dabei gab sich die neue Regierung doch redlich Mühe "sozialen Ballast" abzuwerfen.

Das soziale Klima in unserem Land begann sich zu verändern: Die Mieter müssen sich auf erheblich höhere Kosten für ihre Wohnungen gefaßt machen. Den sozial Schwachen, unter ihnen viele Rentner, wird mehr zugemutet, als zu verantworten ist. Den Gewerkschaften näherte man sich mit einer Mischung von kumpelhaften Tönen und harten Forderungen, manche sogar in der klar erkennbaren Absicht, die organisierte Arbeitnehmerschaft zu disziplinieren. Für Schüler und Studenten wird das BAföG gestrichen, und nicht wenige aus dem konservativen Lager geben mittlerweile zu, daß sie die Demokratisierung der Bildungschancen wieder hinter sich bringen möchten.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde dies begleitet von schwammigen Aufrufen zur geistig-moralischen Erneuerung, die in Wirklichkeit eindeutigen Rückschritt zum Inhalt haben: Verschärfung des Zivildienstes, Einschränkung des Demonstrationsrechts, ein Herummachen am Paragraph 218 und an der Reform des Ehe- und Familienrechts sollen, um einige Beispiele zu nennen, offensichtlich zurückdrängen, was durch Reformpolitik ermöglicht worden war. Betroffen sind vor allem die Frauen, deren gesellschaftliche Entwicklung und verändernde Kraft man nicht gebrauchen kann. Im ganzen sollen Unbequeme und Aufmüpfige möglichst in die Zucht genommen werden. Man wollte und will ein neues geistiges Klima, nicht zuletzt vermittelt durch die öffentlich-rechtlichen Medien, deren Mitarbeiter



man seit langem in Verdacht hat, Schrieblischtäter der Reform zu sein. (Manche von ihnen werden sich gewundert haben, als wen man sie einstuft!)

Der Widerstand gegen den konservativen Stimmungsumschwung ist indes stärker als vermutet wurde. Selbst die verlogene Kampagne gegen die "Unregierbarkeit" und das Schreckgespenst einer "rot-grünen" Koalition half nach zehn Wochen Regierung Kohl der Union in Hamburg nicht mehr weiter. Die heuchlerisch geforderten "klaren Verhältnisse" wurden geschaffen, allerdings auf völlig andere Weise, als Herr Kiep und seine Freunde gehofft hatten. Mit dem 19. Dezember wurde so gut wie sicher, daß die Rest-FDP nicht in den nächsten Bundestag gelangen würde. Bisherige FDP-Anhänger fanden ihren Sozialliberalismus bei der SPD besser aufgehoben. Die Grünen beziehungsweise die GAL behaupteten sich in der Hansestadt, doch konnten sie kaum optimistisch sein, wenn sie ihr Ergebnis bundesweit hochrechneten. Und den Sozialdemokraten - gerade auch solchen, denen Menschen und Themen der neuen sozialen Bewegungen wichtig sind - blieb gar nichts anderes übrig, als aufs Ganze zu gehen. Und dies schon gar nicht durch Gerede über eine Große Koalition gefährden zu lassen.

Es wurde für alle sichtbar - für die einen entmutigend, für die anderen ermutigend: Die Trendwende ist nicht schicksalhaft. Die Neuwahlen, wenn sie denn am 6. März kommen, sind nicht entschieden. Eine neue Mehrheit diesseits der Union ist möglich. Die inhaltliche Auseinandersetzung kann zu neuer Meinungsführerschaft der Sozialdemokratie führen, wenn es gelingt, die Gefahren einer Zersplitterung fortschrittlicher Kräfte deutlich werden zu lassen im Augenblick der sich formierenden konservativen Einheitsfront.

Auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik bezogen, bedeutet das: Wir werden noch deutlicher machen, daß jene Länder, in denen konservative Rezepte schon seit längerem praktiziert werden, erheblich schlechter dastehen, daß mithin der Weg, den die Bonner Übergangsregierung eingeschlagen hat, in die Irre führt. Tatsächlich haben wir es mit einer Situation zu tun, in der der Zusammenhang nicht mehr zu übersehen ist zwischen der Depression in den Industriestaaten und der katastrophalen Lage in einer großen Zahl von Entwicklungsländern. Einer Situation, in der immer klarer wird, welche kaum noch zu verantwortende Last die immens gewachsenen Rüstungsausgaben selbst für die wirtschaftlich stärksten Nationen geworden sind. Einer Situation, in der die internationale Staatengemeinschaft gefordert ist, wo es darum geht, der Zerstörung der natürlichen Umwelt Einhalt zu gebieten. An diesem Punkt begnügen sogar einige konservative Politiker in den Vereinigten Staaten davon zu sprechen, daß grundlegende Kursänderungen kurzfristig notwendig werden können. Zum Beispiel durch einen Umbau der internationalen Institutionen, die am Ende des Zweiten Weltkriegs (in Bretton Woods) geschaffen wurden, um die internationale Finanz- und Währungspolitik vor zerstörerischen Krisen zu bewahren.

Deshalb fordern wir einen internationalen Beschäftigungspakt, in dessen Rahmen die Industriestaaten sich gemeinsam wieder auf eine expansivere Wirtschaftspolitik verständigen. Wir wollen mitarbeiten an neuen weltwirtschaftlichen Strukturen, die gemeinsamen Interessen von Nord und Süd Rechnung tragen. Im eigenen Land wollen wir ein vernünftiges Zusammenwirken der verantwortlichen Kräfte. Wir haben einen Beschäftigungshaushalt 1983 bis 1985 entworfen und mit konkreten Finanzierungsvorschlägen versehen. Wir schlagen unter anderem vor ein umfassendes Programm zum Gewässerschutz, der ökologisch sinnvoll ist und zahlreiche neue Arbeitsplätze schaffen kann. Wir unterstützen die Bemühungen der Gewerkschaften um Arbeitszeitverkürzungen, die nicht nur wegen der wachsenden Produktivität unserer Wirtschaft geboten sind. Und natürlich wollen wir den Ausbau von Mitbestimmung und Vermögensbildung, die in wirtschaftlich schwieriger Zeit wichtiger denn je sind.

In der Innen- und Rechtspolitik steht zur Entscheidung, ob das, was in den vergangenen Jahren an konkreter Freiheit im Zusammenleben der Menschen geschaffen wurde, entweder zurückgedreht werden soll oder weiter ausgebaut werden kann. Ob mehr Bevormundung, mehr Mißtrauen gegenüber kritischen Bürgern - und damit verbunden eine Entfremdung vor allem junger Menschen gegenüber der Politik - Ergebnis staatlichen Handelns sein soll, oder ob das Wagnis des kritisch mitwirkenden Bürgers in Zukunft erst recht gelten soll. Viele mit uns wollen keine Rückwärtsentwicklung im Familienrecht, keine Aushöhlung des Rechts auf friedliche Demonstration, kein Duckmäusertum.



In der Friedens- und Sicherheitspolitik geht es darum, ob an der Politik der Entspannung festgehalten werden soll. Ob alle Kraft dafür eingesetzt werden wird, daß es endlich zu Rüstungskontrolle und Abrüstung kommt. Ob man gegenüber Entwicklungsländern und Freiheitsbewegungen aufgeschlossen bleibt. Ob wir uns Selbstbewußtsein auch im Umgang mit den Verbündeten zutrauen. Dagegen steht die Neigung zu Verhaltensweisen des Kalten Krieges, zu kritiklosem Wohlverhalten gegenüber der westlichen Führungsmacht, zu Rückfall in ein altmodisches Verhalten im Verhältnis zur Dritten Welt, das außerdem noch den eigenen Interessen widerspricht.

1983 wird ein wichtiges Jahr mit weitreichenden Weggabelungen in der Innen- wie in der Außenpolitik. Vor uns liegt die Entscheidung darüber, ob es zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in unserem Land kommt. Ansätze für eine Verhandlungslösung, die uns dies ersparen, sind in den letzten Wochen erkennbar geworden. Es wird einiges davon abhängen, daß an den Schalthebeln deutscher Politik Leute sitzen, die sich bietende Chancen nutzen und helfen, die Weltmächte weiter aufeinander zuzuführen. Es gibt keinen Bereich, in dem die deutschen Interessen zwingender wahrgenommen werden müssen als in diesem.

Die Engstirnigkeit, mit der Vertreter des offiziellen Bonn unmittelbar vor Weihnachten darauf reagierten, daß die östliche Großmacht ihre Verhandlungspositionen in Genf wesentlich überprüfte, wirkte auf viele in unserem Volk nicht nur deprimierend, sondern auch beunruhigend. Keiner hat erwartet, daß der neue Bundeskanzler - und der wie eh und je übertaktierende, Innenpolitik mit außenpolitischen Mitteln beharrlich, wenn auch vergeblich beeinflussende Außenminister - sich mit den Vorschlägen der sowjetischen Führung einverstanden erklären sollten. Aber mehr als vorgestanzte Sprechblasen hätte man erwarten dürfen. Es darf nicht wieder dahin kommen, daß deutsche Politik den Eindruck vermittelt, sie wolle päpstlicher sein als der Papst - während in den USA selbstkritisch hinterfragt wird, was man den Europäern als Ausfluß hoher Weisheit zumutet. Es geht auch um Aufrichtigkeit in den europäisch-amerikanischen Beziehungen.

(-/3.1.1983/ks/rs)

+ + +



Nur ein "Mißverständnis"?

Mieter im Schwitzkasten der Kohl/Genscher-Gesetze

Von Franz Müntefering MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Bundestagsausschuß für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

CDU/CSU und FDP entrüsten sich und geben sich erstaunt: Die Wähler in Hamburg haben die Einschnitte in das soziale Mietrecht angeblich mißverstanden, kaltblütig irreführt vom Deutschen Mieterbund und den Sozialdemokraten. In teuren Anzeigen und mit 300.000 Flugblättern streut die Bundesregierung jetzt eifertig Beruhigungspillen; Motto: Alles halb so schlimm.

Berlin und München sehen das offensichtlich anders. Berlins Senat mochte im Bundesrat den Änderungen im Mietrecht nicht zustimmen und Münchens OB Kiesel forderte noch am 23. Dezember 1982 schriftlich vom Bundesbau- und vom Bundesjustizminister, daß die neuen Mietgesetze "bei erster Gelegenheit" vom neuen Bundestag korrigiert werden. Von Weizsäcker und Kiesel als Opfer sozialdemokratischer Propaganda?

In Wahrheit haben die Wähler in Hamburg, der Deutsche Städtetag in der Anhörung vor den Ausschüssen des Bundestages, der CDU-Senat in Berlin und der CSU-OB in München begriffen, wovor die SPD in den vergangenen Wochen nachdrücklich gewarnt hat: Durch die böse Wirkung der Miet- und Wohnungspolitik der Kohl/Genscher-Regierung werden in den Bedarfsschwerpunkten, besonders in den Großstädten, die Mieter brutal in den Schwitzkasten genommen und der Gnade der Vermieter ausgeliefert.

Mieter, die keine andere Wohnung finden, werden sich auf das Abenteuer Staffelmiete einlassen müssen und damit auf feste Mieterhöhungen für die nächsten fünf bis zehn Jahre.

Zeitmietverträge können zukünftig ohne Räumungsschutz abgeschlossen werden. Mit dem Auslaufen der Vertragsfrist kann der Mieter auf die Straße gesetzt werden.

Das Mieterhöhungsverlangen darf von vornherein an der Obergrenze der ortsüblichen Vergleichsmiete orientiert werden und diese Vergleichsmiete selbst soll sich nur noch aus den Mietvereinbarungen der jüngsten drei Jahre zusammensetzen. Statt Vergleichsmietentabelle können zukünftig auch Wohnungen aus dem eigenen Bestand als Vergleich herangezogen werden.

Die Konsequenz dieser Regelungen "begrenzt" man mit der Bestimmung, daß die Mieterhöhungen (ohne Nebenkosten) in drei Jahren nicht mehr als 30 Prozent betragen dürfen. Das sind 60 Prozent innerhalb von vier Jahren, zu denen eingeladen wird, damit "das akute Marktgeschehen stärkeres Gewicht erlangt".

Das Kernstück des sozialen Mietrechts bleibe unangetastet, behauptet die Regierung Kohl/Genscher in ihren Publikationen, denn "der vertragstreue Mieter braucht auch in Zukunft den Verlust seiner Wohnung nicht zu befürchten". Ein billiger Trost für den Mieter, der mangels Angebot nirgendwohin ausweichen kann.

Und wie der Deckel auf den Topf paßt das neue Wohnungsprogramm zu diesem Mietrecht. Von den rund neun Milliarden DM, die für Schuldzinsenabzug und direkte Förderungen zusätzlich ausgegeben werden, fließen nicht mehr als zehn bis fünfzehn Prozent in die Bedarfsschwerpunkte. Der Mietwohnungsmarkt wird nicht nennenswert entlastet, der Mangel nimmt zu, die Zwangslage der Mieter verschärft sich.

Wie schreibt doch Kiesel: Die neuen Mietgesetze müssen "bei erster Gelegenheit" korrigiert werden. Am 6. März kann dafür die Voraussetzung geschaffen werden.

(-/3.1.1983/ks/rs)

+ + +



Verräterische Sprache

Warnung vor den "Schutt-Weg-Räumern"

Von Rudi Walther MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

"Wir müssen Schutt wegräumen", lautet die Kernthese des Schreibens von Bundeskanzler Kohl an die Mandatsträger der CDU. Er hat damit eine Sprachregelung von Finanzminister Stoltenberg übernommen. Aus der "Erblastlegende" wird so ein "Schutt-Wegräum-Imperativ". Welchen "Schutt" die Kohl-Regierung weggeräumt hat, wird aus den Haushaltsbegleitgesetzen 1983 deutlich. Die Betroffenen der "Schutt-Wegräumaktion" sind: Rentner, Kriegsoffer, Kranke, Schüler, Studenten, Arbeitslose, Mieter, Wohngeldempfänger und Sozialhilfebezieher, kurzum: Die kleinen Leute "in diesem unseren Lande".

Wenn aber auch in diesem Zusammenhang Sprache einen Sinn hat, dann heißt die Kohl-Formulierung, daß auch nach dem 6. März 1983, wenn die Wähler es zulassen, weiterer "Schutt" weggeräumt werden soll. Vom Schutt-Wegräumen bei Abschreibungskünstlern, Steuerhinterziehern, Empfängern ungerechtfertigter Steuervorteile, beim Subventionschwindel oder beim Anbieten von Gesundheitsleistungen zum Beispiel ist dagegen keine Rede. Sprache ist eben verräterisch!

Als Rechtfertigung für die "Schutt-Wegräum-Politik" im Sozialbereich verweist die Union auf die angebliche "Erblast", die Minister Stoltenberg selbst so quantifiziert: Eine Haushaltslücke von 18 Milliarden DM habe er bei seiner Amtsübernahme entdeckt, weil die sozialliberale Regierung bei ihrem Haushaltsentwurf von zu positiven Grundannahmen ausgegangen sei.

Richtig ist, daß sich seit Sommer 1982 die Steuererwartungen für den Bundeshaushalt 1983 um rund zehn Milliarden DM verschlechtert haben; die erwartete höhere Arbeitslosenzahl erfordert zusätzliche Ausgaben in Höhe von rund acht Milliarden DM. Dies ist - wie die Bundesbank in ihrem neuesten Monatsbericht in aller Ausführlichkeit darlegt - Folge der Tatsache, daß die für den Herbst 1982 erwartete Wirtschaftsbelebung ausblieb und somit die Haushaltsplanungen aller Gebietskörperschaften für 1983 korrekturbedürftig wurden.



Wo die Ursachen dieser verschlechterten Wirtschaftsentwicklung und damit der "Haushaltslücken" liegen, wird sehr deutlich aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministers auf eine Frage des SPD-Abgeordneten Peter Feile. Darin teilt der Bundeswirtschaftsminister mit, daß

- die Einschätzung des Brutto-Sozialprodukts für 1983 als Folge der wirtschaftlichen Abschwächung um 84 Milliarden DM zurückgenommen worden sei,
- allein die Schätzung über den Export von Waren und Dienstleistungen für 1983 um 62 Milliarden DM nach unten korrigiert worden sei.
- die wirtschaftliche Abschwächung des Jahres 1983 also zu 82 Prozent auf die Exportentwicklung zurückzuführen sei.

Die entscheidende Ursache für die verschlechterten gesamtwirtschaftlichen Annahmen mit ihren Folgen für die öffentlichen Haushalte liegt also in der verschlechterten außenwirtschaftlichen Entwicklung. Wenn die Herren Kohl und Stoltenberg dennoch von "Erblast" und "Schutt-Wegräumen" reden, geschieht dies wider besseres Wissen oder in Unkenntnis der Zusammenhänge, wie sie durch den Bundeswirtschaftsminister klargestellt wurden, oder gar zur Vernebelung, damit der "Schutt" des Sozialstaates leichter weggeräumt werden kann.

Im übrigen: Das von der Übergangsregierung Kohl übernommene tatsächliche Erbe lautet: Bei allen volkswirtschaftlich relevanten Daten stand am 1. Oktober 1982 die Bundesrepublik international nahezu am günstigsten von allen Ländern der Welt. Das gilt für die Staatsverschuldung ebenso wie für die Steuer- und Abgabenquote, für die Inflationsrate genauso wie für die Arbeitslosenquote. Und damit deutlich besser als die USA, Großbritannien oder Italien, um nur einige andere Länder zu nennen.

Wenn die Politik der Rechtsregierung fortgesetzt werden würde, stünde zu befürchten, daß sich dies sehr bald ändert. (-/3.1.1983/ks/rs)

+ + +



Georg Kahn-Ackermann wird 65

Von Horst Seefeld MdEP
Obmann der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Am 4. Januar feiert Georg Kahn-Ackermann seinen 65. Geburtstag. Gute Wünsche werden an diesem Tag von vielen, die ihn bei seinen verschiedenen Tätigkeiten kennen und schätzen gelernt haben, bei ihm eingehen.

Georg Kahn-Ackermann einzustufen, ist schwer. Ihn als einen deutschen Journalisten und Politiker zu bezeichnen, kommt dem am nächsten, womit sich der als Sohn eines Rechtsanwalts in Berlin geborene Georg Kahn-Ackermann im Laufe der Jahre am meisten beschäftigt hat. Nach dem Abitur studierte er zunächst Naturwissenschaften und arbeitete anschließend als freier Wirtschaftsjournalist. Bei zahlreichen Reisen in Europa und Nordafrika befaßte er sich mit Wirtschaftsproblemen und veröffentlichte darüber verschiedene Bücher. Nach Kriegsende leitete Kahn-Ackermann einen Pressedienst in München, war Chefredakteur verschiedener Zeitungen, arbeitete für Film und Rundfunk und betätigte sich als Verlagslektor und weiterhin auch als Buchautor.

Im Jahr 1946 trat Georg Kahn-Ackermann in die SPD ein und begann damit auch eine politische Karriere. Als Mitglied des Kreistages von Wolfratshausen und Bad Tölz sammelte erste parlamentarische Erfahrungen. Später gehörte Kahn-Ackermann mehrmals dem Deutschen Bundestag an, wurde Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der Westeuropäischen Union. Doch damit sind noch längst nicht die anderen Aufgaben genannt, denen sich Georg Kahn-Ackermann in seinem Leben gestellt hat. So gehörte er dem Verwaltungsrat des Deutschlandfunks an, wurde Präsident des Kuratoriums der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer und Mitglied der Deutschen UNECO-Kommission. Wo immer Georg Kahn-Ackermann neue Aufgaben übernahm, erarbeitete er sich rasch das Fachwissen, das notwendig war, wurde geschätzt und geachtet und schaffte sich stets Freunde.

Die Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen im Europarat wählten ihn 1972 zum Sprecher der Deutschen Delegation. Von 1973 bis 1974 war er Vizepräsident des Europarates



und wurde im Jahr 1974 für einen Zeitraum von fünf Jahren zum Generalsekretär des Europarats in Straßburg gewählt.

Damit wurde zum erstenmal ein Deutscher in dieses hohe Amt gewählt. Für Kahn-Ackermann ist diese Wahl sicherlich sein größter persönlicher Erfolg. Mit Eifer und viel Fleiß hat Kahn-Ackermann dieses Amt versehen. Am Ende seiner Amtszeit im Jahre 1979 zog der scheidende Generalsekretär Bilanz: Der Europarat war größer geworden, Griechenland, Spanien, Portugal, Lichtenstein waren hinzugekommen. Ein neues Haus wurde errichtet, in dem auch das Europäische Parlament ausreichend Platz für seine Arbeiten in Straßburg fand. Der Ausbau und die Bedeutung der Kulturpolitik fanden statt (so wurde unter anderem die Kampagne zur Rettung des architektonischen Erbes in Europa in Gang gebracht) und besonders die verstärkte Ratifizierung von Europarats-Konventionen kann Kahn-Ackermann in seiner Amtszeit für sich verbuchen. Er selbst äußert sich unter anderem so:

"Das größte Erlebnis für mich war die Tatsache, daß sich ohne gewaltsame Eingriffe in zwei bedeutsamen europäischen Staaten, nämlich in Portugal und Spanien, unter dem Druck der öffentlichen Meinung Europas und unter dem Einfluß der demokratischen Konstitution in unseren Mitgliedsländern der Umschwung vom faschistischen Staat in Portugal und Spanien zur Demokratie vollzog. Das war für mich das bedeutendste und interessanteste Erlebnis in den fünf Jahren meiner Tätigkeit als Generalsekretär des Europarates."

Georg Kahn-Ackermann wird, dessen sind sich wohl alle sicher, die ihn kennen, auch nach dem 65. Geburtstag nicht ruhen. Seinen Ratschlag werden seine Freunde und auch viele andere immer und gerne von ihm entgegennehmen.

Wir wünschen dem Jubilar Glück, Gesundheit und persönliches Wohlergehen.

(-/3.1.1983/bgy/rs)

+ + +

